

Informationen aus dem Landtag

Herausgegeben von Ihren Abgeordneten
Dorothea Schäfer und Thomas Günther

Ausgabe Nr. 44, Dezember 2009

>> Für bessere Politik in unserem Land <<

In dieser Ausgabe:

- Nürburgring-Affäre
- Kleine Kinder - Kleine Klassen
- Demographischer Wandel
- Enquete-Kommission Medien
- Heimgesetz
- Tourismuswirtschaft

>> NÜRBURGRING-AFFÄRE *Peinlichkeiten und kein Ende*

Täglich kommen neue Enthüllungen ans Licht, die verdeutlichen, wie fahrlässig die Landesregierung beim Nürburgring-Invest gehandelt hat: Ein der Insolvenzverschleppung überführter Nürburgring-Geschäftsführer, schwere Versäumnisse bei der Überprüfung der Seriosität der Geschäftspartner, dubiose Geschäfte mit zwielichtigen Investoren und ein ungenügendes politisches Management – die Liste der gravierenden Fehler der Landesregierung ist lang, aber längst noch nicht vollständig. Denn die Landesregierung gesteht Versäumnisse immer nur dann ein, wenn diese ans Licht kommen. Mit dieser Salami-Taktik muss endlich Schluss sein. Die Landesregierung muss lückenlos aufklären, weshalb auch die von ihr als "vertraulich" gekennzeichneten Akten des Untersuchungsausschusses der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen. Wenn der Ministerpräsident nun meint, sich mit dem sogenannten "Zukunftsprojekt Nürburgring" aus der Verantwortung stehlen zu können, so ist er auf dem Holzweg. Ganz abgesehen davon, dass es auch bei diesem Konzept kein Privatinvestor gibt, der die Investitionen am Nürburgring mit eigenem Risiko finanziert. Dieses liegt vielmehr alleine bei

der landeseigenen Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz GmbH (ISB), für die das Land garantieren muss, so dass am Ende doch wieder der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird. Schuldig bleibt die Regierung Beck auch eine Antwort auf die Frage, wie trotz wesentlich höherer Kosten (mittlerweile ca. 350 Mio €) die Wirtschaftlichkeit des Projekts hergestellt werden soll.

>>KLEINE KINDER-KLEINE KLASSEN *Schulische Situation verbessern*

Der Grundstein für eine erfolgreiche Bildungskarriere wird in der Grundschule gelegt. Deshalb ist es so wichtig, dass gerade die Jüngsten von Anbeginn eine intensive schulische Betreuung, pädagogische Zuwendung und individuelle Förderung erhalten. Das kann aber nur funktionieren, wenn die schulischen Rahmenbedingungen stimmen – das heißt: 1. Lehrerinnen und Lehrer müssen mehr Zeit für die Kinder haben, um gezielt auf deren jeweiligen Stärken und Schwächen einzugehen; 2. Der Lernprozess muss in einem überschaubaren Rahmen erfolgen. Deshalb fordert die CDU-Landtagsfraktion seit Jahren eine Verringerung der Klassenmesszahl von derzeit 30 auf maximal 20 Schülerinnen und Schüler sowie eine zusätzliche Zuweisung von drei Lehrerwochenstunden pro Klasse für jede Grundschule. Die Landesregierung muss endlich begreifen, dass jedes Kind nur eine Bildungskarriere hat, und die muss von Anfang an ein stabiles Fundament haben.

>> DEMOGRAPHISCHER WANDEL *Weichen für die Zukunft rechtzeitig stellen*

Die Antwort der Landesregierung auf unsere Parlamentarische Anfrage zur demografischen Entwicklung im Landkreis Mainz-Bingen zeigt, dass wir vor großen Herausforderungen stehen, auf die wir rechtzeitig Antworten geben müssen. Gerade die durch Bevölkerungsrückgang und steigende Lebenserwartung bedingte Veränderung der gesellschaftlichen Altersstruktur bedarf eines zukunftsgerichten »Konzepts der Generationen«, das den Bedürfnissen von Jung und Alt gleichermaßen gerecht wird. Hierzu gehört ebenso eine Verbesserung der Lebensumstände für junge Familien mit Kin-



dern (Stichwort: Finanzielle Unterstützung; wohnortnahe Schulen; mit Arbeit und Beruf vereinbare Kinderbetreuung), wie für ältere Menschen (Stichwort: Seniorenrechtliches Wohnen im Alter durch die Schaffung neuer Formen der Betreuung und des Zusammenlebens, z.B. Alters-WGs). Zwar sind wir auf einem guten Weg, doch besteht vielerorts noch Handlungsbedarf.

>> ENQUETE-KOMMISSION MEDIEN *Chancen und Risiken der neuen Medien*

Im Zuge der neuen Landtags-Enquete Kommission "Verantwortung in der medialen Welt" wollen wir eine generationenübergreifende Debatte über den Einfluss des Internets auf die moderne Gesellschaft anstoßen. Uns geht es dabei vor allem darum, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen, um mit ihnen gemeinsam die Chancen und Risiken der neuen Medien auszuloten. Jüngere und ältere Menschen sollten gleichermaßen mit der Technologie vertraut gemacht, aber auch über deren Missbrauch aufgeklärt werden. Denn wer die Vorteile von Homebanking und Internetbestellung nutzen will, muss sich auch über die Risiken im Klaren sein. Daher ist es unser Anliegen, die Benutzer für einen verantwortungsbewussten Umgang mit den neuen Medien zu sensibilisieren: Dazu gehören ein sorgsamer Umgang mit persönlichen Daten im Netz, aber auch – gerade im Bereich Jugendschutz – eine verstärkte Fürsorgepflicht von Eltern und Schule gegenüber den Kindern. Wer Interesse hat, an einer der Sitzungen der Enquete-Kommission teilzunehmen oder mit uns ins Gespräch kommen will, kann sich unter dorothea.schaefer@cdu.landtag.rlp.de melden.

>> HEIMGESETZ *Chance verpasst*

Nachdem das Heimgesetz, das die Anforderungen an Einrichtungen für ältere, pflegebedürftige und behinderte Menschen beschreibt, in Folge der Föderalismusreform 2006 von der Bundes- zur Ländersache geworden war, hat die SPD-Mehrheit im Landtag nun das "Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe" (LWTG) verabschiedet, das die Gesetzes-

lage nur übermäßig reguliert und unnötig reglementiert. Dabei hat die CDU schon Anfang 2009 einen eigenen Antrag eingebracht, der die Rechte der Betreuten und Angehörigen gestärkt, die Transparenz von Betreuung und Pflege verbessert und vor allem durch mehr Entbürokratisierung dafür gesorgt hätte, dass sich die stationären Betreuungseinrichtungen hätten stärker auf ihre originären Aufgaben konzentrieren können. Das alles hat die Landesregierung in den Wind geschlagen und damit eine große Chance verpasst, die Situation der pflegebedürftigen Menschen im Land und deren Angehörigen zu verbessern.

>> TOURISMUSWIRTSCHAFT *Positive Signale setzen*

Um die Rahmenbedingungen für Unternehmen der Tourismuswirtschaft in Rheinland-Pfalz insgesamt zu verbessern, müssen Wettbewerbsverzerrungen innerhalb Europas abgebaut werden. Die vom Bund ab 2010 geplante Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes für Beherbergungsleistungen auf 7 % wäre hierfür ein wichtiger Schritt. Hierzu gehören auch eine stärkere Förderung der Investitionen in touristische Einrichtungen und der Abbau von Ausbildungshemmnissen im Gastgewerbe durch ein flexibles Jugendarbeitsschutzgesetz. Wichtig gerade für den ländlichen Bereich ist zudem eine Tourismuskonzeption, die eine engere Vernetzung von Kultur und Tourismus vorsieht mit dem Ziel, den Tourismusstandort Rheinhessen mit seinen landestypischen Potentialen attraktiver zu machen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Landtagsabgeordneten

Dorothea Schäfer und Thomas Günther wünschen allen Leserinnen und Lesern des Newsletters eine besinnliche Adventszeit, ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2010.

Erfahren Sie mehr!

Möchten Sie weitere Informationen? Bitte schreiben Sie uns Ihre Meinung und Anregungen!



Dorothea Schäfer, MdL
Neustraße 17
55296 Gau-Bischofsheim
Büro: Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz
Telefon: 06131 / 208 3429
Fax: 06131 / 208 4429

Email: dorothea.schaefer@cdu.landtag.rlp.de
www.dorothea-schaefer.de



Thomas Günther, MdL
Am langen Rech 34
55283 Nierstein
Büro: Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz
Telefon: 06131 / 208 3351
Fax: 06131 / 208 4351

Email: thomas.guenther@cdu.landtag.rlp.de
www.thomas-guenther-nierstein.de